

DGAW-Stellungnahme zur Studie des Öko-Institutes, Freiburg „Beitrag der Kreislaufwirtschaft zur Energiewende – Klimaschutzpotenziale auch unter geänderten Rahmenbedingungen optimal nutzen“ im Auftrag des BDE e.V.

Nach Einschätzung der Deutschen Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V. (DGAW), ist die im Januar 2014 herausgegebene Studie des Öko-Institutes e.V. kritisch zu hinterfragen und die ermittelten Prognosewerte zweifelhaft, da in der DGAW zum Teil andere Kenntnisse über die getroffenen Annahmen vorliegen.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass das vom Öko-Institut e.V. verwendete Bezugsszenario, wie sich die Energiewende entwickeln wird, nicht nachvollziehbar ist. Auch aktuelle politische Beschlüsse der großen Koalition weisen nicht in diese Richtung. Die Bundesregierung plant zukünftig 40% des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken. Hauptziel der Abfall- und Kreislaufwirtschaft ist nach Meinung der DGAW nicht die Herstellung von Energie, sondern vielmehr die Bereitstellung von Rohstoffen für die Industrie. Das stoffliche Recycling von Rohstoffen für den industriellen Einsatz muss deutlich verstärkt werden. Diese Sekundärrohstoffe müssen durch die Entsorgungswirtschaft vermarktungsfähig und weitgehend schadstoffentfrachtet sein, damit sie ohne weitere Gefährdung der Umwelt eingesetzt werden können. Die schadstoffhaltigen Fraktionen bzw. die Abfälle, aus denen keine vermarktungsfähigen Sekundärrohstoffe gewonnen werden können, sind sicher zu verwerten oder zu beseitigen.

Eine Beschränkung auf CO₂ ist aus Sicht der DGAW eine nicht tragbare Verkürzung der umweltrelevanten Beurteilung von Verwertungsmaßnahmen. Der einseitige Fokus auf CO₂ und Klimaschutz ist kritisch zu betrachten und darf für die Abfall- und Kreislaufwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle spielen, weil es noch andere schädliche Emissionen gibt.

Die DGAW betont immer wieder, dass Getrennthaltung und Sammelquoten keinen Wert an sich haben. Ziel kann und muss allein die Rückführung von Wertstoffen in den Stoffkreislauf sein.

Sammelquoten haben nichts mit Recycling zu tun!

Eine Gleichsetzung beider Begriffe ist daher schlichtweg falsch!

Neben diesen grundlegenden Kritikpunkten möchte die DGAW im Folgenden vor allem zu den abfallwirtschaftlichen Bereichen Kunststoffrecycling, Bio- und Grünabfälle und Ersatzbrennstoffe Stellung nehmen, die wir in der Studie als besonders fragwürdig ansehen.

Kunststoffrecycling

Wie auch in der Vergangenheit bereits deutlich gemacht, unterstützt die DGAW Kunststoffrecycling. Allerdings muss zwischen den Kunststoffen, die in der Industrie, im Gewerbe und im Hausmüll anfallen, unterschieden werden. Vor allem Kunststoffe aus dem Bereich der Industrie und dem Gewerbe haben ein großes Potential, da sie homogen erfasst werden. Nur möglichst sortenrein erfasste Kunststoffe können hochwertig recycelt werden.

Die DGAW befürchtet, dass sich dies durch die Einführung der Wertstofftonne ändern wird. Durch die Wertstofftonne wird zwar die erfasste Menge erhöht, allerdings wird gleichzeitig auch die Qualität der Abfälle gemindert. Weiterhin sollte berücksichtigt werden, dass die Recyclingfähigkeit bei Konsumprodukten aufgrund wachsender Komplexität und Internationalität abnimmt. Aufgrund dieser Entwicklungen geht die DGAW davon aus, dass das Kunststoffrecycling aus haushaltsnahen Sammlungen in den kommenden Jahren eher abnehmen wird.

Die DGAW teilt nicht die Auffassung des Öko-Instituts, dass sich alle Kunststoffe, analog zu den Metallen, beliebig oft stofflich gleichwertig recyceln lassen. Daher wird auch zukünftig ein signifikanter Anteil aller Kunststoffe thermisch behandelt werden. Als DGAW setzen wir uns dafür ein, dass diese Probleme bereits im Herstellungsbereich berücksichtigt werden und appellieren an die Produktverantwortung.

Bio- und Grünabfälle

Dass die Nutzung von Bio- und Grünabfällen ohne Kaskadennutzung eine ausgeglichene Klimarelevanz haben soll, darf bezweifelt werden. Alle bisher bekannten Studien zeigen dies nicht. Zwar ist anzuerkennen, dass es bei der Kaskadennutzung noch erhebliches Optimierungspotential gibt, trotzdem ist die reine Kompostierung nach Meinung der DGAW keine Lösung. Wir treten für eine Kaskadennutzung in hoher Qualität mit sinnvoller Gasnutzung ein.

Ersatzbrennstoffe/Müllverbrennungsanlagen/Industriekraftwerke

Sollte es, wie in der Studie angesprochen, zu einem hundertprozentigen Kunststoffrecycling kommen, was die DGAW bezweifelt, ist die Herstellung von hochkalorischen Ersatzbrennstoffen mit einem Heizwert von >16.000 KJ/Kg nicht realistisch. Schon bisher gibt es keine wirtschaftlichen Verfahren für die Herstellung von Ersatzbrennstoffen aus Siedlungsabfällen mit einem Heizwert größer als 16.000 KJ/Kg. Nach Kenntnis der DGAW ist es trotz hohem Energieeinsatz nicht wirtschaftlich gelungen, einen Ersatzbrennstoff mit einem Heizwert von über 16.000 KJ/Kg aus haushaltsnahen Sammlungen herzustellen. Schreitet die stoffliche Verwertung voran, werden zukünftig weniger hochkalorische Ersatzbrennstoffe zur Verfügung stehen. Damit verändern sich die prognostizierten Mengen und Klimaberechnungen der Studie signifikant.

Des Weiteren muss bei der Diskussion berücksichtigt werden, dass Ersatzbrennstoffe hauptsächlich aus Siedlungsabfällen immer Abfall sein werden. Insbesondere bei der Herstellung aus Siedlungsabfällen ist ein so hoher Schadstoffgehalt vorhanden, dass eine Verbrennung nur in Anlagen nach der 17. BImSchV erfolgen kann. Mit mechanischen Verfahren ist eine Schadstoffentfrachtung nicht möglich, weil die Schadstoffe stets chemisch eingebunden sind (Spielzeug, Textilien, Holz, Gebrauchsgegenstände). Eine Verbrennung von EBS außerhalb von 17. BImSchV-Anlagen wird aus ökologischen Gründen von der DGAW sehr kritisch gesehen, weil die Praxis der Verdünnung die absoluten schadstoffhaltigen Emissionen vergrößert. Die Verteilung von Schadstoffen in der Biosphäre durch Recycling muss auf jeden Fall vermieden werden. Die Mitverbrennung in Braun- oder Steinkohlekraftwerken kann es gemäß der Studie nicht mehr geben, weil diese Kraftwerke bis dahin abgeschaltet sind. Die Studie lässt offen, wer zukünftig EBS verbrennen sollte. Die in der Studie favorisierten Industriekraftwerke sind weder ökologisch geeignet noch sind diese flexibel, weil diese Kraftwerke stets dem Produktionsprozess folgen.

Zwischen EBS-Anlagen und Müllverbrennungsanlagen gibt es kaum technische Unterschiede; auch nicht bei der Flexibilität. Aktuell erreichen Müllverbrennungsanlagen in Deutschland

durchschnittlich Emissionswerte weit unter den Vorgaben der 17. BImSchV, während andere Anlagen zum Teil nur die Grenzwerte der TA Luft oder der 17. BImSchV einhalten. Auch sollte berücksichtigt werden, dass bisher Ersatzbrennstoffe, selbst getrocknete Hartpellets, nicht uneingeschränkt lagerfähig sind.

Daher kann die vom Öko-Institut e.V. geforderte Schließung vieler Müllverbrennungsanlagen, um die Energiewende herbeizuführen, aus ökologischen Gründen nicht als Lösungsweg angesehen werden. Im Übrigen halten wir eine künstliche Schließung von bestehenden 12 Mio. Mg/a MVA Kapazitäten und die Investition in neue MBA und MPS Kapazitäten von 11 Mio. Mg/a für eine volkswirtschaftliche Fehlallokation und nicht im Sinne der Gebührenzahler.

Weitere Informationen:

Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V.

DGAW
Nieritzweg 23
14165 Berlin

Telefon: 030-84 59 14 77
E-Mail: info@dgaw.de
Internet: www.dgaw.de

